

07.02.2009 [Lokales Bad Homburg](#)

Bornberg wird in Angriff genommen

Bad Homburg. Der Bornberg als Areal für Wohnbebauung ist seit zig Jahren Thema im Parlament. «Und im September vergangenen Jahres hatten wir doch mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP – beschlossen, dass es dort jetzt endlich losgehen soll. Warum passiert dann nichts?», fragte BLB-Fraktionschefin Beate Fleige am Donnerstagabend im Stadtparlament. Sie brachte denn auch gleich einen Antrag ein, der die «zeitnahe Aufstellung eines Bebauungsplanes» vorsieht.

Gerade jetzt, da bis zur Wirksamkeit eines neuen regionalen Flächennutzungsplanes die alten Pläne des früheren Umlandverbandes gelten, könnten von den Gemeinden getätigte Änderungen und Ergänzungen in eigener Verantwortung erfolgen, argumentierte Fleige und fügte hinzu: «Wir kaufen doch keine Grundstücke und lassen sie dann brachliegen!»

Die Liberalen sahen das anders. Bekanntlich keine Freunde des Bornbergs, erklärte Dirk Roesemann für die FDP: «Beim Demographieforum (TZ berichtete ausführlich) im Kurhaus am Dienstag sagte der Referent Matthias Böss vom Planungsverband, dass nicht die Ausweisung von Wohngebieten am Stadtrand dem demographischen Wandel entgegenwirkt, sondern eine Wohnraumverdichtung im Zentrum.» Und was Fleiges Bitte um Schnelligkeit der Umsetzung angehe, da müsse er ebenfalls passen: «Wir wollen doch nicht ein zweites Oberste Gärten, nicht wahr?»

Holger Fritzel (NHU) brachte die Sache in seiner typischen Art auf den Punkt: «Herr Roesemann: Erstens geht es hier um einen Beschluss des Stadtparlaments, der vergangenes Jahr gefällt wurde. Meines Wissens nach ist Herr Böss nicht Mitglied unseres Hauses. Und zweitens ist Ihr Vergleich des Bornbergs mit den Obersten Gärten geradezu abenteuerlich.»

«Können wir nicht sachlich bleiben, damit es auch weiter um die Sache geht?», fragte CDU-Fraktionschef Dr. Alfred Etzrodt.

Diesen Part übernahm dann Oberbürgermeisterin Dr. Ursula Jungherr (CDU). Sie erklärte: «Die Stadt hat die Sache natürlich bereits in Angriff genommen. Wir haben einen Antrag zur Änderung des Flächennutzungsplanes beim Planungsverband eingereicht.» Der komme «wohl» auch, aber sie könne nicht sagen, ob auch – wie von der BLB gefordert – «zeitnah».

Der Antrag der BLB wurde – mit der klitzekleinen Änderung, der Part «. . . um die Aufstellung des B-Planes nicht weiter zu verzögern» wurde gestrichen, nachdem Etzrodt sich darüber empört hatte – gegen die Stimmen der FDP angenommen. sbm